

Lehrergewerkschaft GEW greift städtische Schulpolitik an

VON PETER KORN

LEVERKUSEN Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Leverkusen hat massive Vorwürfe gegen die städtische Schulpolitik erhoben. In einer achtseitigen Stellungnahme zum Entwurf der Schulentwicklungsplanung bei der sonderpädagogischen Förderung unterstellt die Lehrergewerkschaft der Stadt Leverkusen unter anderem, den Mitwirkungsprozess der Schulen „grob missachtet“ zu haben.

Vorwurf: die Stadt habe den Schulkonferenzen zu wenig Zeit vor den Sitzungen der politischen Gremien gegeben, ihre Stellungnahmen zu verfassen. Die GEW sieht sogar einen Verstoß gegen das NRW-Schulgesetz.

Leverkusens Schuldezernent Marc Adomat versicherte gestern Abend auf Anfrage, man habe die Schulleitungen im gesamten Entstehungsprozess der neuen Planung

von Beginn an mitgenommen und intensiv informiert. Das Thema sei an jeder Schule bekannt.

Weil sich aber die Schulkonferenzen, das oberste Entscheidungsgremium einer Schule, erst in diesen Tagen neu konstituieren, wächst in der Leverkusener Politik offenbar die Bereitschaft, diesen Gremien mehr Zeit einzuräumen – und so jeglicher Kritik den Wind aus den Segeln zu nehmen.

So kündigte der schulpolitische Sprecher der CDU, Bürgermeister Bernhard Marewski, gestern auf Anfrage unserer Zeitung an, seine Fraktion werde im Fachausschuss einen Antrag stellen, das Thema um einen Sitzungsturnus zu vertagen: „Damit wollen wir den Schulkonferenzen genügend Spielraum verschaffen, ihre Stellungnahmen in aller Ruhe verfassen zu können.“

Kernanliegen der neuen Schulentwicklungsplanung ist laut Dezernent Adomat die Wahlfreiheit

der Eltern, ihr Kind entweder im Inklusions-Verfahren an einer Regelschule unterrichten zu lassen, oder aber es auf eine Förderschule zu schicken. Leverkusen setzt daher auf ein Modell der sonderpädagogischen Förderung mit drei spezialisierten Förderschulen und einer qualitativ hochwertigen sonderpädagogischen Förderung an den allgemeinbildenden Schulen.

Rat-Deycks-Schule und Comenius-Schule verschmelzen, behalten aber vorerst jeweils ihren Standort. Das neue Konstrukt heißt künftig „Förderschule 1“. Im Jahr 2019 wird dann über eine mögliche Auflösung eines der Standorte entschieden. An der „Förderschule 2“ (Pestalozzi-Schule) werden ausschließlich Jugendliche mit eklatanten emotionalen und sozialen Störungen unterrichtet.

Ursprünglich sollte der Stadtrat in seiner Sitzung am 14. September über die Planung entscheiden.